



Antrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verlässliche Energiepolitik für eine nachhaltige und wettbewerbliche Entwicklung der Energiemärkte erfordert den Ausstieg aus der Atomenergie

Der Landtag wolle beschließen:

Der schleswig-holsteinische Landtag unterstützt die von der Landesregierung verfolgte Energiepolitik.

Er stellt fest, dass der Ausstieg aus der Atomenergie auf Basis des jetzt geltenden Atomgesetzes die vorrangige Aufgabe ist. Die Landesregierung betont seit vielen Jahren, dass einerseits das nicht auszuschließende katastrophale Versagen eines Atomreaktors und andererseits die weltweit ungelöste Entsorgungsfrage die zentralen Gründe dafür sind, die Nutzung von Atomenergie zur Stromerzeugung abzulehnen.

Die bisher eingeleiteten energiepolitischen Maßnahmen und Initiativen sind fortzusetzen und auszuweiten.

Das Energiekonzept des Landes Schleswig-Holstein beruht auf den Säulen

- Nutzung aller Energieeinsparpotentiale
- Forcierung der Effizienzsteigerung bei Energieumwandlung und Verbrauch
- Stärkung und Ausbau der erneuerbaren Energien
- Weiterentwicklung neuer Energietechnologien

Die wesentlichen Maßnahmebereiche der Energiepolitik umfassen:

- Forcierung von Energieeinsparmaßnahmen im Wärme- und Strombereich
- Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplung
- Stärkung der gezielten Forschung, Entwicklung und Nutzung im Bereich der regenerativen Energien: Sonne, Wind, Biomasse und Geothermie
- Umsetzung des „Clusters Windenergie“ mit den Schwerpunkten Repowering und Realisierung der Offshore-Pilotprojekte
- Weiterentwicklung neuer Effizienztechnologien

- Effizienzsteigerung durch innovativen Verbund regenerativer Energien mit z.B. Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie
- Unterstützung der Anstrengungen für Wirkungsgradsteigerungen bei allen Energieumwandlungsprozessen
- Weiterentwicklung und Nutzung der Nanotechnologie auch in der Energietechnik
- Forschung und Entwicklung von Stromspeichermöglichkeiten, z.B. über Wasserstoff, vorantreiben.

Atomstromproduktion hat keinen Platz in einer zukunftssicheren Energieversorgung. Diese wird nur durch Energieeinsparung, die Nutzung von Querschnittstechnologien, effizienter und intelligenter Energienutzung und dem Ausbau der erneuerbaren Energien in all ihrer Vielfalt gewährleistet. Dies vor allem mit Blick auf den globalen Klimaschutz, die Endlichkeiten der Ressourcen, die Minderung der Rohstoffabhängigkeit und die Optionen zur Schaffung vieler Tausender neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Wilhelm Malerius
Roswitha Müllerwiebus
und Fraktion

Detlef Matthiessen
und Fraktion